

Moore: Klimaschutz und wirtschaftlich nachhaltige Nutzung in Einklang bringen

Niedersachsen ist Moorland Nummer 1. Moorflächen erstrecken sich über rund 8 Prozent der Landesfläche. Im Laufe der letzten Jahrhunderte wurden viele Moorflächen entwässert, um dort Landwirtschaft zu betreiben oder sich anzusiedeln.

Moore sind nicht nur vielfältige Lebensräume für Menschen, Flora und Fauna, sondern sie haben auch eine große Bedeutung für die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Nasse Moorflächen sind ein guter CO₂-Speicher, trockengelegte Moorböden hingegen setzen vermehrt CO₂ frei. Diese Emissionen belaufen sich auf 53 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr. Durch Maßnahmen zur Wiedervernässung will die Bundesregierung deshalb mit einer Nationalen Moorschutzstrategie diese Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 5 Millionen CO₂-Äquivalente reduzieren. Die Pläne werden nicht nur Auswirkungen auf einzelne landwirtschaftliche Flächen, sondern auf ganze Betriebe, Dörfer und ländliche Räume haben.

In Niedersachsen leben etwa 500.000 Menschen in Moorregionen. Über 50 Prozent der Moorböden in Niedersachsen werden landwirtschaftlich genutzt, zum Beispiel für Grünland oder Ackerbau. Allein für das milchwirtschaftliche Cluster in der niedersächsischen Küstenregion könnten die Ziele Produktionseinbußen von bis zu 1 Milliarde Euro pro Jahr nach sich ziehen.

Der Klimaschutz und eine wirtschaftlich nachhaltige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen müssen beim Moorbodenschutz in Einklang gebracht werden.

Der CDU Landesverband Oldenburg fordert die Niedersächsische Landesregierung und die Bundesregierung auf,

- 1) das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen e.V. nach dem Vorbild des VIC zum Grünland- und Moorbodenzentrum weiterzuentwickeln,
- 2) den Forschungsstand zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz unter verschiedenen Standortbedingungen in Niedersachsen zu erfassen und kritisch zu würdigen sowie Forschungslücken zu identifizieren,
- 3) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben weiter zu unterstützen, damit die Nutzung von Torfersatzprodukten vorangebracht wird und zukünftige Nutzungsmöglichkeiten für landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Verfügung stehen,
- 4) rechtliche Rahmenbedingungen für ein zentrales Wassermanagement festzulegen, damit alle Flächen bedarfsgerecht und nachhaltig mit Wasser versorgt werden können,
- 5) bei der Entscheidung über Maßnahmen des Klimaschutzes durch Moorbodenschutz neben der Klimarelevanz und der Umsetzbarkeit von Maßnahmen auch die ökonomischen Folgen und insbesondere die Akzeptanz durch die Menschen vor Ort zu berücksichtigen,
- 6) nach dem Vorbild des „Kohleausstiegs“ ein Konzept zum Ausgleich von Wertverlusten, zur Kompensation wirtschaftlicher Einbußen und zur Unterstützung des gegebenenfalls notwendigen Strukturwandels vorzulegen,
- 7) bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz durch Moorbodenschutz strikt den Grundsatz der Freiwilligkeit zu beachten,
- 8) Folgenabschätzungen für die öffentliche Verwaltung, etwa mit Blick auf die Notwendigkeit der Durchführung umfangreicher und zeitaufwändiger Flurbereinigungsverfahren, zu berücksichtigen.